

Stellungnahme

Vor EU-Gipfel: Aufruf für starkes internationales Engagement Europas

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung appelliert an Bundeskanzler Merz

Vor dem EU-Gipfel am 15. und 16. Oktober appelliert die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung an Bundeskanzler Friedrich Merz, keine weiteren Kürzungen am Mehrjährigen Finanzrahmen der EU zu fordern und stattdessen das internationale Engagement zu stärken.

„Die EU ist mehr denn je auf verlässliche globale Partnerschaften angewiesen, darum darf sie sich jetzt nicht weiter aus der internationalen Zusammenarbeit zurückziehen“, fordert der Ko-Vorsitzende Christoph Bongard. „Weniger Mittel für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung bedeuten auch weniger Möglichkeiten, Krisen zu bewältigen, Entwicklung zu unterstützen und Menschenrechte sowie Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.“

Im künftigen EU-Haushalt für die Jahre 2028 bis 2034 soll das Programm „Global Europe“, mit dem die EU ihr auswärtiges Handeln finanziert, um 40 Prozent gekürzt werden. Die deutsche Bundesregierung hat bisher am lautstärksten weitere Kürzungen beim Haushalt der EU gefordert. Das kritisiert die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: „Europa kann nicht weltweit mehr Verantwortung übernehmen, wenn es bei den Mitteln spart, die es zum Handeln braucht.“

Bereits bei den Verhandlungen über den aktuellen EU-Haushalt für 2021 bis 2027 wurden die Mittel für das auswärtige Handeln erheblich gekürzt; das Budget des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument, NDICI – Global Europe) wurde um 10 Prozent reduziert. Zivilgesellschaftliche Organisationen warnten damals, dass dadurch globale Ungleichheiten verschärft und die Fähigkeit der EU geschwächt würde, auf Krisen zu reagieren. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie berechtigt diese Sorge war.

Heute sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht auf Kurs, der humanitäre Bedarf ist so hoch wie nie und die Zahl gewaltsamer Konflikte steigt. Zugleich verschärfen sich Armut, Ungleichheit und die Folgen des Klimawandels. Die EU darf die Fehler der letzten Haushaltsverhandlungen nicht wiederholen.

Die Bundesregierung muss sich zusammen mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten dafür einsetzen, den von der Kommission vorgeschlagenen Finanzrahmen von 200 Milliarden Euro beizubehalten und sicherstellen, dass die EU global glaubwürdig handlungsfähig bleibt.